Einsichten und Überlegungen, die zum weiteren Nachdenken anregen und – so bleibt zu hoffen – zu vertiefenden kritischen Studien und zu postkolonialem zivilgesellschaftlichem Aktivismus führen.

Kaya de Wolff
https://doi.org/10.3224/peripherie.v38i2.21

Mechthild Exo: *Das übergangene Wissen. Eine dekoloniale Kritik des liberalen Peacebuilding durch basispolitische Organisationen in Afghanistan*. Bielefeld: transcript 2017, 446 Seiten, Open Access. (https://doi.org/10.14361/9783839438725)

Zwei Ziele verfolgt die Autorin mit dem vorliegenden Buch: Erstens möchte sie basispolitischen Organisationen in Afghanistan und ihrem Widerspruch zum externen *peacebuilding* Gehör verschaffen und zweitens einen Beitrag zur Weiterentwicklung dekolonialer Methodologien leisten. Nur so ließen sich epistemische Gewalt überwinden und die Voraussetzungen dafür schaffen, dass diese Basisorganisationen gehört würden. In diesem Sinne hat Mechthild Exo die Arbeit von vier basisdemokratischen Organisationen begleitet, die für emanzipatorische Ziele wie soziale und Geschlechtergerechtigkeit, Selbstbestimmung und Freiheit von Unterdrückung eintreten, und deren Vertreter_innen nach ihren Konzepten von Frieden und ihren Vorstellungen für eine künftige afghanische Gesellschaft befragt.

Im ersten von drei Teilen des Buches geht sie ausführlich auf Theorie und Praxis sowie auf die Notwendigkeit und Möglichkeit dekolonialer Forschung ein. Ausgehend von postkolonialer und dekolonialer Kritik westlicher Wissensproduktion steht die Analyse epistemischer Gewalt im Mittelpunkt. Allgemein definiert sie diese, Claudia Brunner folgend, als die Normalisierung und Rechtfertigung anderer Gewaltformen, die Festlegung von Normen und Standards sowie eurozentrischer Prämissen. Dies führe dazu, in verschiedenen Formen vorhandenes Wissen als nicht wissenschaftlich abzuwerten und unhörbar zu machen. Im Kontext der Friedens- und Konfliktforschung im Besonderen sei es das Konzept des liberalen Friedens einschließlich der damit legitimierten militärischen Einsätze, das als zwar verbesserungswürdig, aber alternativlos dargestellt werde. Demgegenüber verortet die Autorin die Autorität bezüglich des Wissens bei den vermeintlichen Empfänger_innen dieses liberalen Friedens und setzt als Gegenstrategie gegen die Abwertung von Wissen eine kooperativ-dialogische Form der Forschung um.

Der Hauptteil des Buches stellt in vier Kapiteln die basispolitischen Organisationen vor: die *Social Association of Afghan Justice Seekers* (ein Zusammenschluss von Familien der Opfer von Kriegs- und Menschenrechtsverbrechen), die Solidaritätspartei Afghanistans *Hezbe-Hambastagi*, die *Revolutionary Association of the Woman in Afghanistan* (eine feministische afghanische Frauenorganisation) sowie die *Afghanistan Human Rights and Democracy Organization* (eine Organisation, die mittels verschiedener Theaterformen die Aufarbeitung von Kriegserlebnissen ermöglicht). Auf der Basis umfangreichen empirischen Datenmaterials (über 90 Einzelgespräche und Interviews, ferner teilnehmende Beobachtung bei Workshops und

Gruppentreffen, Konferenzen, Dokumente verschiedenster Art, Medienberichte usw.) rekonstruiert die Autorin die Geschichten der Organisationen und erläutert deren Analysen, Ziele, Aktivitäten, Erfahrungen und Probleme.

Im dritten Teil des Buches arbeitet sie anhand drei zentraler Aspekte Spannungen zwischen liberalem *peacebuilding* und den Friedensverständnissen der untersuchten Organisationen heraus. Diese Spannungen bestehen in den folgenden Widersprüchen: erstens in einem Verständnis, das Demokratie vor allem mit freien Wahlen identifiziert, versus einer „wirklichen Demokratie", zweitens in der angeblich notwendigen Ausbildung der afghanischen Bevölkerung zu liberalen Staatsbürgern versus der langen Geschichte demokratischer Ideen und Kämpfe im Land und drittens in einem Friedensprozess als *powersharing* versus der Auffassung „kein Frieden ohne Gerechtigkeit". So steht etwa der Annahme der Interventionsmächte, dass von der Vergangenheitsbewältigung eine Destabilisierung ausgehen könnte, die Analyse gegenüber, dass die Beendigung der Kultur der Straflosigkeit Voraussetzung für stabilen Frieden ist. So zeigt Exo, dass das Wissen und die Perspektive der Organisationen konträr zum Konzept des liberalen *peacebuilding* steht und sich nicht in es einfügen lässt. Insbesondere die Problemdiagnose der mit dem *peacebuilding* verbundenen Interventionsforschung, „die Afghanen" seien anti-modern, selbst verantwortlich für das Scheitern ihres Staates und müssten erst noch lernen, verantwortliche Staatsbürger_innen zu sein, erscheint zynisch aus der Perspektive der Betroffenen, die offiziellen Bevölkerungsbefragungen zufolge mit überwältigender Mehrheit eine Strafverfolgung der Menschenrechtsverbrechen anstreben und diese als Voraussetzung für Frieden verstehen. Dass sie stattdessen erleben müssen, wie genau diese für die Verbrechen verantwortlichen *warlords* durch die Interventionsmächte mit Regierungsmacht ausgestattet werden, wühlt sie wie auch die Lesenden auf. Derart die Interessen der Betroffenen zu ignorieren, erklärt die offiziell diagnostizierte Legitimationskrise und die Glaubwürdigkeitsprobleme der eingesetzten Regierung zwanglos.

Abschließend diskutiert Exo herkömmliche Verbesserungsvorschläge zum Konzept liberalen Friedens und geht dann auf die Kritiken ein, die liberalen Frieden als kolonial, imperial und auf Krieg gerichtet ablehnen. Sie argumentiert, auch dieser Kritik gelinge es meistens nicht, die epistemische Alleinstellung der westlichen, eurozentrischen Perspektive auf Weltpolitik zu durchbrechen. Vor diesem Hintergrund fordert sie, eine dekoloniale Forschung müsse darüber hinausgehen.

Der gut durchdachte und umgesetzte dekoloniale Forschungsansatz funktioniert und ermöglicht die Perspektivübernahme seitens der Lesenden. „Die Überheblichkeit und Ignoranz wie auch der repressive und koloniale Charakter eines solchen pädagogischen und verwaltungstechnischen Verständnisses von Demokratieaufbau" (364) wird deutlich. Beeindruckend ist der intensive und engagierte Forschungsprozess, dessen Schilderung zeigt, wie der Aufbau empathischer Beziehungen und die politische Positionierung fundamentale Voraussetzungen dafür schufen, die bislang ungehörten Stimmen hören zu können. Die Einflussfaktoren für die herausgearbeiteten Unterschiede zwischen dem Wissen der Basisorganisationen und dem der Interventionsakteure bleiben allerdings eine komplexe und weiter zu bearbeitende

Frage für die dekoloniale Friedens- und Konfliktforschung. Zu differenzieren wäre, in welchem Ausmaß es tatsächlich im engeren Sinne an unterschiedlichen Epistemologien oder an oberflächlicher und nicht positionierter Forschung sowie daran liegt, dass zudem die westliche Wissensproduktion teils relativ direkt, teils indirekt mit geopolitischen Interessen und Machtpolitik verbunden ist, wenn in Konfliktkontexten tabuisierte Themen und oppositionelle Analysen nicht erfasst werden (können).

Das Buch hätte insgesamt straffer und mit weniger Wiederholungen geschrieben werden können, ist aber dennoch gut lesbar. Es ist ein wichtiger Beitrag zum Verständnis der Konflikte in Afghanistan, zur Kritik an der Theorie und Praxis des liberalen *peacebuilding*s und zur Rolle der Wissenschaft sowie für die Weiterentwicklung dekolonialer Forschung.

Bettina Barthel
https://doi.org/10.3224/peripherie.v38i2.22

Nikolai Huke: *„Sie repräsentieren uns nicht." Soziale Bewegungen und Krisen der Demokratie in Spanien.* Münster: Westfälisches Dampfboot 2017, 321 Seiten

Der Autor wendet sich in seiner Dissertationsschrift aus einer demokratietheoretischen Perspektive aktuellen Entwicklungen in Spanien zu. Der detaillierte und komplexe Blick, den er hierzu auf die spanische Gesellschaft wirft, verweist auf vielfältige Dynamiken, die durch soziale Bewegungen auch innerhalb eines „verhärteten Staatsapparateensembles" (165) möglich sind.

Das Buch ist hierzu in fünf Kapitel untergliedert und beginnt mit einer Einordnung in die kritische Internationale Politische Ökonomie, die Nikolai Huke um Ansätze aus der Alltags- und Bewegungsforschung erweitert. Im zweiten Abschnitt entwickelt der Verfasser diesen Ansatz unter Rückgriff auf neomarxistische und neopoulantzianische Perspektiven weiter und nimmt die Verhältnisse von Demokratie und Kapitalismus, Demokratie und Staat, Demokratie und Alltag sowie Demokratie und soziale Bewegungen in den Blick. Mit Bezug auf Bob Jessop geht er hier von territorial unterschiedenen Akkumulationsmodellen aus, die je nach sektoraler Struktur und globaler Position demokratische Politiken mit verschiedenen Zwängen oder Möglichkeiten rahmen. Im Anschluss an Nicos Poulantzas bedeutet dies eine bestimmte Ausrichtung des Staatsapparateensembles, die der Autor für Spanien mit Johannes Agnoli und Alexander Petring als verhärtet beziehungsweise wenig responsiv auffasst. Demgegenüber hebt er vor allem die eigensinnigen alltäglichen Handlungen der Menschen hervor, die nach Asef Bayat in ihrer Quantität eine besondere Macht entfalten und auch über Repression oder Disziplinierung nicht vollständig eingehegt werden können. Die Überschüsse des Alltags werden „nur selektiv staatlich prozessiert und kapitalistisch integriert" (60) und lassen Platz für eigensinnige Handlungen. Demokratisch nicht repräsentierte Positionen können – wie der Autor schlüssig argumentiert – infolgedessen durch soziale Bewegungen artikuliert werden.